

Pressemitteilung

Keine Re-Kommunalisierung der Abfallwirtschaft mit der CDU

In der Sitzung des Hauptausschusses für Finanzen und Stadtentwicklung vom 5.7.2016 wurde Seitens der WAM ein Antrag vorgelegt, dass der Magistrat mit der Eigenerstellung sämtlicher abfallwirtschaftlicher Leistungen beauftragt wird. Diesem Antrag erteilten die Vertreter der CDU im Ausschuss eine klare Absage. Die Christdemokraten erklären dazu: „Wir haben uns stets für eine zuverlässige, kostengünstige und saubere Abfallwirtschaft eingesetzt.“

Eine Entscheidung über die zukünftige Abfallentsorgung sollte ursprünglich in der Stadtverordnetenversammlung am Montag, dem 4. Juli 2016 getroffen werden. Aufgrund der umfangreichen Diskussionen zum Nachtragshaushalt konnten aber einige der Punkte nicht abgearbeitet werden. Dazu gehörte die Entscheidung zur Abfallentsorgung. Eine Vertragsfortführung mit der Firma Spahn ohne Ausschreibung kann nicht erfolgen, da das Europarecht eine europaweite Ausschreibung vorsieht.

„Wenn überhaupt eine Fortführung der Abfallentsorgung mit der Firma Spahn erfolgen kann, müssen dieser Firma auch die Möglichkeiten gegeben werden, sich im Rahmen der Ausschreibung am Wettbewerb zu beteiligen“, erklärt der CDU-Fraktionsvorsitzende Martin Fischer. „Dass die Firma Spahn dazu bereit ist, konnten die Stadtverordneten in ausreichender Form, nicht zuletzt auch in der Sitzung des Hauptausschuss für Finanzen und Stadtentwicklung zur Kenntnis nehmen“, führt der Christdemokrat aus. „Wenn nunmehr ein Antrag die Rekommunalisierung vorsieht, ist dies als klares Signal nicht nur gegen einen Wettbewerb zu sehen, sondern auch gegen die zuverlässig arbeitende Firma Spahn. Dies ist für die Christdemokraten nicht zustimmungsfähig“, erklärt Dr. Natasa Valovic.

Für die rechtssichere und nutzbringende Ausschreibung wird die Stadt Maintal durch die Firma Teamwerk AG aus Mannheim im Projekt begleitet. Hier gab es bereits verschiedene Ausarbeitungen und Gutachten. An keiner Stelle war bisher erkennbar, dass die Leistungsausführung der Firma Teamwerk AG unzuverlässig oder mangelhaft ist.

Insofern erklärt es sich nicht, dass es in der Sitzung des Hauptausschuss für Finanzen und Stadtentwicklung einen weiteren Antragspunkt gab, der das Ziel hatte, die Zusammenarbeit mit der projektbegleitenden Firma Teamwerk AG nicht fortzuführen. Hierzu stellt die CDU-Fraktion fest: „Wer inmitten einer Projektphase das projektbegleitende Team austauscht, nimmt nicht nur zeitliche Verzögerungen, sondern auch Qualitätseinbußen für die Bürgerinnen und Bürger und die Stadt billigend in Kauf. Wenn es für eine Beendigung der bestehenden Projektbegleitung keine triftigen Gründe gibt, kann man von uns Christdemokraten auch nicht erwarten, dass wir eine gute Zusammenarbeit grundlos aufkündigen.“ heißt es aus der CDU-Fraktion abschließend.